

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

29.9.1863 (No. 228)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 29. September.

N. 228.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Oktober beginnende vierte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Für Frankreich abonniert man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

## Telegramme.

Wien, 28. Sept. Dem heutigen „Boten“ zufolge ist gestern ein britischer Kurier mit einer Note des britischen Kabinetts bezüglich des weitem Vorgehens in der polnischen Frage hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach trägt sich England mit der Idee, den russischen Besitztitel auf Polen nicht weiter anzuerkennen, nachdem es selbst die Verträge vom Jahr 1815 durch Zurückweisung der Berechtigung der vertragsschließenden Mächte über deren Ausführung zu wachen, in Frage stellt.

Kopenhagen, 26. Sept. Blixen Finecke erklärt in einem von der „Berling. Ztg.“ veröffentlichten Telegramm an die Wähler eine ehrenvolle und billige Ausgleichung mit Deutschland für möglich; die Verordnung vom 30. März d. J. sei zurückzunehmen und den deutschen und dänischen Schleswigern Freiheit und Gleichheit zu gewähren.

Kopenhagen, 27. Sept. Sichern Vernehmen nach wird in einer der ersten Reichsrath-Sitzungen ein Grundgesetz-Vorschlag für Dänemark und die schleswigschen Angelegenheiten vorgelegt werden.

## Deutschland.

Karlsruhe, 28. Sept. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 40 enthält:

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Die Generalagentur für die Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft betreffend. (Der von der Direktion der Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft zu ihrem Generalagenten für das Großherzogthum ernannte Kaufmann Friedrich Mathis in Karlsruhe ist als solcher bestätigt worden.) 2) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Den deutsch-österreichischen Telegraphenverein betreffend. b) Die Eröffnung der großh. badischen Betriebs-Telegraphenstation Mühlacker für den Privatverkehr betreffend.

München, 25. Sept. (Sch. M.) Die Abgeordneten-Kammer hat gestern Abends (wie telegraphisch bereits angedeutet) nach stätiger, lebhafter, zuletzt aber allseits ermüdender Diskussion das Eisenbahngesetz zu Ende beraten. In den Hauptfragen sind die von der Regierung vorgeschlagenen Linien genehmigt, die Anträge des Ausschusses aber verworfen worden. Die Kammer genehmigte: 1) 705,500 fl. für ein zweites Schienengeleise zwischen Würzburg und Metz; 2) den Bahnbau von München über Ingolstadt zum Anschluß an die Südnordbahn bei Gunzenhausen mit einer Abzweigung nach Kleinfeld (19 Mill.). Der Antrag des Ausschusses ging dahin, von Ingolstadt über Kipfenberg und Erding direkt nach Nürnberg zu bauen; 3) die Bahn von Freilassing nach Reichenthal (1,200,000 fl.), welche der Ausschuss zu streichen vorgeschlagen; 4) die Bahn von München an die östliche Grenze, es der Regierung überlassen, ob sie dieselbe — je nachdem der Anschluß mit Oesterreich zu ermöglichen — über Erding nach Neuhaus (Erding) oder über Neudittling nach Simbach (Braunau) führen wolle (15,400,000 fl.); 5) die Bodenseebahn (Lindau-Bregenz 1 Million), im Ganzen 36,305,500 fl., welche durch Anleihen zu erbringen sind. Der Antrag, wenigstens 12 Mill. von dieser Summe durch Emission von Papiergeld zu beschaffen, wurde verworfen, ebenso der Antrag, daß mit Ausführung dieser neuen Bahnen erst nach Vollendung der bereits im Bau begriffenen begonnen werden solle. Die Anzahl von Anträgen und Petitionen um weitere Eisenbahnen (darunter unstreitig das Projekt einer Donaubahn Regensburg-Donauwörth-Ulm das wichtigste) wurden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Fulda, 24. Sept. Zum Deputy der Stadt Fulda ist Regierungsrath v. Bischoffshausen gewählt. Derselbe erhielt 388 Stimmen, Dr. Weingärtel 55. Von ungefähr 1100 Wahlberechtigten waren nur 445 erschienen, während im vorigen Jahre sich 661 an der Wahl betheilig hatten. Die Abschlüsse haben es zum größten Theile für gut befunden, sich der Wahl zu enthalten.

Lübeck, 21. Sept. Die Bürgerschaft stimmte heute dem Senat beantragten Ratifikation des zu Brüssel über die Ablösung des Scheldesolle abgeschlossenen Vertrags zu.

Berlin, 27. Sept. Wegen tüchtiger Leistungen bei den kürzlich beendeten großen Herbstmanövern sind zahlreiche Offiziere des Gardekorps und des 3. Armeekorps theils zu höheren Posten befördert, theils durch Ordensverleihungen ausgezeichnet worden. Wie das jüngste Militär-Wochenblatt meldet, hat Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich

Karl, General der Kavallerie und kommandirender General des 3. Armeekorps, vom König die Berechtigung erhalten, die Uniform des zu diesem Korps gehörigen brandenburgischen Husarenregiments Nr. 3 (Zieten'sche Husaren) zu tragen. Der Prinz soll bei den Manövern sich durch seine Anordnungen und seine Truppenführung vielfach hervorgethan haben. Ein aus Schloß Buchow vom 22. Sept. datirter Erlaß des Königs an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Geh. Rath v. Jagow, beauftragt diesen: den betreffenden Kreisen und Ortschaften die Anerkennung Sr. Majestät für die gute Aufnahme auszusprechen, welche den Truppen während der Manöverzeit von Seiten der Quartiergeber zu Theil geworden ist. Morgen Abend um 7 1/2 Uhr reist der König nach Baden-Baden ab, um daselbst am Mittwoch den 30. die Geburtsstagsfeier J. Maj. der Königin Augusta zu begehen. Höchstselbe wird am 4. Okt. nach Berlin zurückkehren und dann zum 15. k. M. sich mit der Königin zu dem Domfest nach Köln begeben. Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin treten morgen Abend mit ihren Kindern von Potsdam aus eine Reise nach England an. Dort gedenken Höchstselben mehrere Wochen zu verbleiben, und namentlich auch Schottland zu besuchen.

Hr. v. Bismarck ist gestern Abend auf einige Tage zu seiner Familie nach der Provinz Pommern abgereist. Morgen oder übermorgen wird der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, welcher den ganzen Sommer hindurch ohne Unterbrechung in der Hauptstadt beschäftigt war, zur Kräftigung seiner etwas angegriffenen Gesundheit eine kurze Erholungsreise nach der Provinz Schlesien unternehmen. — Von den hiesigen städtischen Behörden wird außer den in Leipzig stattfindenden allgemeinen Feiertagen für Berlin noch eine besondere Feier des fünfzigsten Jahrestags der Schlacht bei Leipzig veranstaltet. Nach den vom Magistrat und Stadtverordneten gutgeheißenen Anträgen einer gemischten Deputation soll am 17. Okt. auf 6 Turnplätzen Schauturnen stattfinden. Am 18. wird in der städtischen Turnhalle ein großer Festakt abgehalten. Am 19. soll in allen städtischen Schulen eine mit Prämienvertheilung verbundene Gedenkfeier begangen werden.

Die Agitation in Betreff der bevorstehenden Abgeordnetenwahlen gewinnt hier in allen Kreisen täglich an Lebhaftigkeit. Gegenüber dem hiesigen Wahlkomitee der Fortschrittspartei ist vor kurzem für Berlin ein aus ministeriellen und konservativ liberalen Mitgliedern bestehendes Wahlkomitee zusammengetreten, welches unter Bekämpfung der oppositionellen Kandidaturen auf die Wahl solcher Abgeordneten hinzuwirken sucht, die eine Ausgleichung mit dem Ministerium zu erstreben sich angelegen sein lassen wollen. Allen Anzeichen nach hat dies Komitee hier wenig Aussicht auf Erfolg. Die hiesige Wählererschaft schießt sich der Lösung „Wiedewahl der bisherigen Abgeordneten“ an. In mehreren Bezirksversammlungen, welche in den letzten Tagen abgehalten wurden, erfolgte die fast einmütige Annahme der Resolution: nur solche Wahlmannskandidaten ihre Stimmen geben zu wollen, welche sich ihrerseits „für die Wahl der entschiedensten Vertreter der Majorität des ausgelassenen Abgeordnetenhaus“ erklären würden. Als solche Vertreter wurden dann die H. H. Walbe, Loewe (Calbe) und Taddel bezeichnet. Im zweiten hiesigen größern Wahlbezirk fand am Freitag Abend eine Wählerversammlung statt, die sich mit großer Mehrheit für die Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten Künze aussprach. Der Stadtrathspartei weichen wir seiner Abweichungen von der Fortschrittspartei wegen wahrscheinlich in Berlin nicht wieder gewählt.

Wien, 24. Sept. Erster Gegenstand der Tagesordnung in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war der Bericht des Ausschusses über die Aufhebung des Ehekonjense. Berichterstatter ist Dr. Berger.

In seiner Auseinandersetzung sich auf den gedruckten Bericht beziehend, hebt Redner hervor, daß der Ehekonjense, welcher ohnehin in der größern Hälfte des Reichs (der östlichen) gar nicht besteht, eines der wesentlichsten Menschenrechte, nämlich das der Begründung einer Familie, beschränkt — diese Beschränkung stülte Nachteile hat. Auch den Gemeinden könne das Recht eines Veto nicht zugesprochen werden, da man, wenn ein solches Vormundschaftsrecht zugesprochen wird, den Gemeinden auch das Recht geben müßte, zu entscheiden, ob jeder Einzelne diesen oder jenen Lebensberuf ergreifen könne oder nicht. Der Ausschuss habe aber auch sich die Grenzen seines Beschlusses vor Augen gehalten und die Bestimmungen bezüglich der gerichtlichen Einwilligung bei nicht eigenberechtigten Personen, sowie bei Beamten, Staatsdienern und Militärpersonen, und endlich die Bestimmung des §. 8 des Gesetzes über die Ergänzung des Heeres unberührt gelassen. Der Ausschuss beantragt daher, das Haus wolle die Abschaffung der bestehenden politischen Ehekonjense beschließen und aussprechen, daß §. 8 des Gesetzes über Ergänzung des Heeres nicht berührt werde.

Minister Lasser: Er wolle, um die in Frage stehende Angelegenheit näher zu beleuchten, einige Notizen geben, wie sich die amtliche Praxis seit 1848 gestellt hat. Er müsse die Thatfache hervorheben, daß in den Jahren 1848 und 1849 eine große Menge von Petitionen und Beschwerden auf dem Wege der kaiserlichen Behörden und des damals versammelten Reichsraths an die Regierung gelangten, welche

den Zweck hatten, durch Restriktion der Ehekonjense die Heirathen zu beschränken. Diese Petitionen veranlaßten damals die Regierung, die Frage in Erwägung zu ziehen, und sie beschloß nach sorgfältiger Erwägung, kein neues Gesetz zu geben, sondern durch Regelung der Kompetenz der Behörden und durch eine Erklärung des Hofdekrets vom Jahr 1820 die Angelegenheit zu regeln. Es wurde durch ersteres Jedem freigestellt, gegen einen abweislichen Bescheid der Gemeinde an die landesfürstlichen Behörden zu rekurren, und durch letztere den Behörden bedeutet, die Erklärungen der Gemeinden zu berücksichtigen und den Konjense nur bei besonders wichtigen Fällen gegen den Willen der Gemeinden zu ertheilen. Auf diesem Boden habe sich bis heute die politische Substanz in dieser Angelegenheit bewegt. Für viele, nämlich die östlichen Länder des Reichs, habe die Aufhebung gar keinen Werth, weil dort der Konjense nicht besteht; was die andern betrifft, so wolle Redner Folgendes anführen. Aus Böhmen, Mähren und Schlesien seien seit zehn Jahren nur sechs Rekurse an das Ministerium gelangt und in allen sechs entschieden worden, daß der Konjense nicht zu verweigern sei. Er führe das an, um zu zeigen, daß die Handhabung des Gesetzes in diesen Ländern nicht viel Drückendes gehabt habe. Von den Landgemeinden Niederösterreichs seien oft Rekurse eingelangt, von der Stadt Wien nie. Andere Provinzen legen aber besondern Werth auf die Ertheilung der Konjense. Die Verhandlungen der Landtage in Steiermark, Salzburg und Oberösterreich zeigten, daß diese Länder die Ertheilung des Ehekonjense nicht als etwas Unwichtiges betrachteten. In Salzburg seien sogar von Seite der Gemeinden Klagen gegen das zu liberale Vorgehen der Behörden vorgekommen. In Tyrol sei diese Frage stets eine brennende geblieben, dort seien Klagen an der Tagesordnung und die Behörden würden von dort mit Beschwerden überhäuft, daß man bei Ertheilung des Konjense zu lax vorgehe. Er führe das an, um zu zeigen, für welche Länder diese Frage eine höhere, für welche sie eine untergeordnete, und für welche gar keine Bedeutung habe. Für die Regierung selbst habe diese Frage nur eine sehr untergeordnete Bedeutung. Er erlaube sich aber, dem Hause den Rath ans Herz zu legen, jenen Ländern, welche auf die Ertheilung der Konjense Werth legen, Gelegenheit zu geben, sich darüber auszusprechen, bevor der Antrag des Ausschusses Gesetzeskraft erlangt. Wenn in ein oder dem andern Lande spezielle Normen bestehen, welche demselben werth sind, sei es billige Rücksicht, dem Lande die Gelegenheit zu gewähren, sich über diese auszusprechen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, erklärt der Minister zum Schluß, er wolle durchaus nicht damit die Kompetenz des Reichsraths in Frage stellen, da er in Fragen der Kompetenz sich stets für die volle Kompetenz ausspreche.

Nach einer längern Debatte wurde der Entwurf des Ausschusses angenommen und zugleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Der Sitzung wohnte der Abgeordnete Rogawski bei.

Wien, 26. Sept. Die österreichische Presse — die offiziellen Organe wie die „Wiener Abendpost“, die „Generalcorrespondenz“ voran — ergeben sich in breiten polemischen Erörterungen gegen den Bericht des preussischen Staatsministeriums in der deutschen Reformfrage, dem gegenüber sie die der österreichischen Reformakte zu Grunde liegende Auffassung vertheidigen. Die „Wiener Abendpost“ spricht sich insbesondere gegen die vorgeschlagenen Ministerkonferenzen aus.

„Endlich“ schreibt man der „Köln. Ztg.“ — beginnt sich auch in unserer Abgeordnetentage die deutsche Partei zu regen und haben im Laufe der letzten Tage zwei Zusammenkünfte deutscher Abgeordneter stattgefunden, in deren erster die Bildung eines deutschen Klubs beschloß wurde. Ueber die Frage der Beschickung des deutschen Abgeordnetentages konnte man sich nicht einigen, und wurde namentlich hervorgerufen, daß es vor allem Andern notwendig sei, ein bestimmtes Programm in der deutschen Frage aufzustellen, ehe man einen definitiven Beschluß in Bezug auf die Beschickung des deutschen Abgeordnetentages fassen könne. Die Gründung eines deutsch-österreichischen Abgeordnetentages wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß auf diesen Vorschlag später zurückzukommen sei. Angenommen wurde der Vorschlag, an der Feier der Leipziger Völkerschlacht durch Vertreter der deutschen Abgeordneten im Reichsrathe Theil zu nehmen.

Daß der Eindruck, welchen die russische Antwort hier gemacht hat, kein angenehmer war, läßt sich denken; die österreichischen Blätter gaben denn auch sofort ihrer Verstimmung in mehr oder weniger scharfen Worten kund, und die „Presse“ zeigte nicht übel Lust, zu einer energischen Aktion Oesterreichs zu rathen. Das ist jedoch leichter gesagt als gethan, und in Wahrheit scheint die Verlegenheit über Das, was jetzt zu geschehen habe, sehr groß. Die „Wiener Abendpost“ sagt in Bezug auf diese Angelegenheit in einem längern Artikel:

Vor Allem müssen wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß Ausland die Diskussion abgebrochen zu wissen wünscht. Gerade ihre Fortführung wäre uns als das geeignetste Mittel erschienen, für die unläugbaren Schwierigkeiten der Frage eine friedliche, nach allen Seiten möglichst befriedigende und, was noch mehr gilt, gerechte Lösung ausfindig zu machen. . . Wir halten es für den Beruf und das Interesse Oesterreichs, daß es auch fürderhin aufrichtig und unermüdet für die Anbahnung der Verständigung und Versöhnung wirke. Allein wir glauben auch, Oesterreich hätte hohen Werth darauf gesetzt, sich bei der Förderung dieses Zweckes von Ausland selbst unterstützt zu sehen, während jetzt ein allseitig erstrebtes Ziel gerade durch den Widerstreit der Meinungen, wie es zu erreichen sei, in die Ferne gerückt wird.

Ohne Zweifel ist die jetzige Lage der polnischen Angelegen-



heit der Gegenstand sehr lebhafter Verhandlungen zwischen den drei Mächten, über deren Richtung jedoch vorläufig noch nichts Zuverlässiges bekannt ist.

**Wien, 26. Sept.** Die „Presse“ schreibt: „Die gestern hier eingetroffene preussische Antwort ist nicht, wie seiner Zeit das Schreiben, auf welches sie entgegnet, etwa durch einen Flügeladjutanten oder einen andern expressen Boten hieher befördert, sondern auf dem Wege der preussischen Gesandtschaft übergeben worden und bereits heute an Se. Maj. den Kaiser nach Jschl weiter gegangen. Jrgendwelche Entschlüsse auf dieselbe werden selbstverständlich erst gefaßt werden, nachdem man sich mit den übrigen Adressaten in's Einvernehmen wird gesetzt haben.“

Aus **Wien** vom 26. Sept. wird der „Allg. Ztg.“ bestätigt, daß Frankreich bei dem österreichischen Kabinett darauf gedrungen habe, daß es Rußland gegenüber auf Erfüllung der sechs bekannten Punkte bestche. Das österreichische Kabinett scheine aber keine Lust zu haben, dem Willen Frankreichs zu folgen.

**Wien, 26. Sept.** Die „Generalkorresp.“ schreibt: „Die deutsche Frage war in den jüngsten Tagen abermals Gegenstand einer Besprechung von österreichischen Abgeordneten. Gemäß dem Versprechen, welches die H. H. Dr. Berger und Dr. Nechbauer bei ihrer Anwesenheit in Mainz gegeben, wirkten dieselben für eine Förderung der deutschen Reformfrage unter den österreichischen Abgeordneten. Demnach wurde vor einigen Tagen eine Versammlung von Abgeordneten in der Wohnung des Abg. Kuranda abgehalten, welcher nebst den bisher genannten Herren auch die Abgg. Brinz, Gistra, Mühlfeld, Herbst u. s. w. beizuhören. Die H. H. Berger, Nechbauer, Kuranda und Brinz vertraten im Allgemeinen die Ansicht, daß man in die Diskussion der deutschen Frage eintreten müsse und sich von der Bewegung nicht theilnahmslos fernhalten dürfe. Berger sprach für den Beitritt zu dem deutschen Abgeordnetentage, welchem Schritte jedoch die Einigung über ein Kollektivprogramm vorhergehen müsse. Dieses könne am zweckmäßigsten durch eine Vereinigung deutsch-österreichischer Abgeordneten, also durch einen deutsch-österreichischen Abgeordnetentag bewerkstelligt werden. Nechbauer sprach sich in gleicher Richtung aus. Doch fand der Vorschlag nicht den nötigen Anklang. Herbst war zwar auch für die Beschickung des Abgeordnetentages, meinte aber, daß nur der auf demselben erscheinen könne, der mit sich im Klaren sei über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland, die Beziehung der Februarverfassung zur Reformfrage. Auf dem Abgeordnetentag werde man die österreichischen Abgeordneten hierüber befragen, und da sei eine klare Antwort nötig. In dieser Richtung bestehen aber sehr verschiedene Meinungen, und es sei schwierig, ein Programm aufzustellen. Auch sei eine Uebereinstimmung mit den süddeutschen Abgeordneten notwendig. Berger bemerkte, das Verhältnis der Februarverfassung zur deutschen Reform sei doch zunächst eine interne Sache der Deutschen; für Deutschland handle es sich nur darum, daß Desterreich mitgehe. Brinz hob hervor, daß die Mitwirkung von unabhängigen Abgeordneten, welche der Regierung Opposition machen, wenn sie es für recht und notwendig halten, der Reformfrage nur förderlich sein könne. Gistra war mehr reservirt; die Parität zwischen Desterreich und Preußen erachtet er entschieden für unzulässig. Die Besprechung, welche nur einen Meinungsaustausch bezweckte, hatte kein positives Resultat; man wird in den nächsten Tagen nochmals zusammentreten.“

### Frankreich.

**Paris, 26. Sept.** Bei dem Aufsehen, welches die Mittheilung der „Nation“ über das angebliche Auftreten des französischen Botschafters zu Wien in der polnischen Angelegenheit momentan gemacht hat, kommen wir noch einmal auf den betreffenden Artikel zurück. Der wesentliche Inhalt des Artikels der „Nation“ ist folgender:

Aus den Briefen, welche das Blatt aus Wien empfangen haben will, ersieht es, daß das Tuilerienkabinett, sobald es von der Depeche des Fürsten Gortchakoff Kenntnis erhalten hatte, den französischen Gesandten in Wien beauftragte, zu dem Grafen Rechberg zu gehen und ihn daran zu erinnern, daß das Programm der 6 Punkte ursprünglich von dem Wiener Kabinett aufgestellt worden sei und daß Frankreich, um mit Desterreich im Einvernehmen zu bleiben und ein ihm notwendig erscheinendes Einverständnis zur Lösung der polnischen Frage zu erzielen, dieses Programm angenommen habe. Aber diese Zustimmung belasse nicht minder Desterreich mit dem größten Theil der Verantwortlichkeit in den Rußland gemachten Vorschlägen. An Desterreich sei es, dieser letztern Macht gegenüber eine Initiative zu ergreifen, um von dem Petersburger Kabinett eine förmliche Zustimmung zu den sechs Punkten und nötigenfalls den Anfang der Ausführung derselben zu verlangen. „Graf Rechberg“ — schreibt der Wiener Korrespondent der „Nation“ — ward durch die ihm von Herzog Gramont gemachte Eröffnung unangenehm berührt. Er berichtete unverzüglich hierüber an den Kaiser, der über diese ihm gestellte Aufforderung erstaunt und unzufrieden schien. Das Verlangen des französischen Gesandten war förmlicher Natur und von gewissen Bemerkungen begleitet, die geeignet schienen, ihm einen äußerst ernsten Charakter zu verleihen. Der Herzog Gramont hatte in der That durchblicken lassen, Frankreich lege ein solches Gewicht auf die der österreichischen Regierung abverlangte Initiative, daß es, selbst in Bezug auf die österreichischen Besitzungen in Italien, nicht für die Folgen einstehe, welche eine Weigerung des Wiener Kabinetts nach sich ziehen könne.“

Dies — fährt die „Nation“ fort — ist sehr ernst, und wir begreifen, daß man dadurch zu Wien in lebhafter Aufregung gerieth. Uebriens mußte aber Desterreich ein wenig auf das gefaßt sein, was ihm zufließt. Es mußte voraussehen, daß Frankreich im gegebenen Augenblick ihm den Beweis für die Aufrichtigkeit seiner Absichten abverlangen würde. Es genügt in der That nicht, Programme aufzustellen; man muß sie auch erfüllen. Es ist nicht an Frankreich, das in dieser polnischen Frage keine vereinzelte Verantwortlichkeit auf sich nehmen wollte, voran zu gehen. Es kann und darf dies nicht thun. Wir sind an dem entscheidenden Augenblick angelangt, wo die Aufrichtigkeit eines jeden auf die Probe gestellt werden wird, und wo das Mißtrauen,

welches wir in Betreff der mit Frankreich vereinigten Mächte kundgegeben haben, eine glänzende Rechtfertigung finden wird.

Nachdem wir (die „Nation“) dem europäischen Einverständnis, wie es von dem Tuilerienkabinett ausgedacht worden, unsere Zustimmung versagt haben, erkennen wir ohne Zögern an, daß die an das Wiener Kabinett gerichtete Aufforderung (mise en demeure) sehr gerecht und zeitgemäß ist. Wenn die Lage einmal gegeben ist, so muß man den möglichen Vortheil daraus ziehen. In Frankreich verlangt die öffentliche Meinung irgend eine Genugthuung; sie kann sich nicht mit der gegenwärtigen Lage der Dinge zufriedig geben. Der Status quo in der polnischen Frage würde sie so sehr erbittern, daß die kaiserl. Regierung ihrem Drucke (entrainement) vielleicht nicht mehr zu widerstehen vermöchte, sondern es bleibt ihr in dieser äußersten Lage nichts Anderes mehr übrig, als ihre Verbündeten anzutreiben, vorwärts zu gehen, wenn diese nicht vorwärts gehen, und einen andern Weg einzuschlagen, wenn sie auf der gemeinschaftlich betretenen Bahn nicht voran wollen.

Nachdem der Wiener Korrespondent erklärt, er wisse noch nicht, welche Wirkung diese Eröffnungen auf den Wiener Hof hervorbrachte, schließt der Artikel mit einer auf Benehmen bezüglichen Drohung.

Was die Stellung Frankreichs zu Rußland betrifft, so hat man bekanntlich aus dem Abdruck des Schreibens der polnischen Nationalregierung an den Fürsten Gortchakoff in dem „Moniteur“ sehr weitgehende Schlüsse gezogen. Sofort aber erklärte der offiziöse „Pays“, daß die Aufnahme des Schreibens in dem nichtamtlichen Theile des offiziellen Blattes die ihr beigelegte Bedeutung nicht habe, indem der „Moniteur“ in diesem Theile eine Zeitung wie jede andere sei. Heute erscheint — gleichsam wie zur Bekräftigung dieser Versicherung — in dem nichtamtlichen Theile des „Moniteurs“ die Rede, welche Kaiser Alexander zur Eröffnung des finnischen Landtags gehalten hat. Auch das Verhältnis zu Desterreich scheint das Publikum für nicht so gespannt zu halten, als obiger Artikel der „Nation“ vermuthen lassen könnte. Thatsache wenigstens ist, einmal daß die „Nation“ von den offiziellen Organen nicht sekundirt wird, und dann, daß an der Börse eine kleine Kurssteigerung stattgefunden hat.

Die mexikanische Deputation ist heute endlich nach Miramar abgereist. — Wie man aus Turin erfährt, sind alle italienische Agenten bei den größeren auswärtigen Höfen dahin berufen worden. Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß die Waffen und Ausrüstungsgegenstände verschiedener Art, welche die Turiner Regierung seit einem Jahre in den französischen Fabriken anfertigen ließ, sich auf mehr als 100 Millionen belaufen. — Wie die „Nation“ wissen will, soll der Gesehg. Röper schon im Lauf des nächsten Monats einberufen werden. — Börse. Rente stieg um 15 Cent. auf 67.60. Cred. Mob. 1167.50.

**Paris, 27. Sept.** Der „Moniteur“ enthält heute an der Spitze seines nichtamtlichen Theils folgende Erklärung:

Das Blatt „La Presse“ hat mehrere Artikel veröffentlicht, welche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten allein die Verantwortlichkeit für unsere auswärtige Politik beimessen. Indem dieses Blatt in denselben Tadel die allgemeine Leitung der Angelegenheiten und die Art und Weise, sie zu behandeln, einbezieht, mißkennt es den Geist unserer Institutionen. Unter der jetzigen Regierungsform geht der Gedanke, welcher die Angelegenheiten leitet, vom Herrscher aus. Der Minister ist nur allein für die Ausführung verantwortlich.

Das „Pays“ verteidigt heute abermals seine Theorie des gemeinsamen Handelns der drei Mächte, und läßt namentlich diesmal seinen Zorn an der „Times“ aus, welche Frankreich als in der polnischen Angelegenheit mehr theilhaftig vorschreiben möchte. — Das „Memor. diplomat.“ bespricht in seiner Wochenchau auch die Aufnahme des polnischen Aktenstückes in dem „Moniteur“, und erklärt die Folgerungen, welche manche Blätter daraus ziehen wollen, für übertrieben. Uebriens ist es der Meinung, daß Rußland, indem es der Indignation Europa's Trost bietet, denselben Fehler begangen habe, welcher ihm im Jahr 1854 den Krimkrieg zuzog. Damals habe es auch nicht glauben wollen an eine Vereinigung mit England, um seine erobersüchtigen Absichten in der Türkei zu vereiteln. „Was England 1854 that, Nichts hindert uns, anzunehmen, daß es dies nochmals thun werde; und Desterreich zeigt durch alle Handlungen, welche bereits die Regierung Franz Joseph's auszeichnen, daß es nicht unfähig ist, zur Befreiung des östlichen Europa's die Hand zu bieten.“

### Amerika.

**Neu-York, 17. Sept.** (Per „Africa.“) Die Südstaatlichen bestreben sich, ihren Berichten zufolge, die Forts Wagner und Gregg für die Bundestruppen unhaltbar zu machen und lassen deshalb ihre beiden Batterien gegen die Morrisinsel spielen, deren oberer Theil die Belagerer zu besetzen im Begriffe sind. Eine Nachricht, daß Fort Moultrie sich ergeben habe und die Hälfte der Jamesinsel in die Gewalt der Bundestruppen gefallen sei, erwies sich als verfrüht. Nach einem amtlichen Berichte Beauregard's vom 9. d. waren bei dem frühern mißlungenen Sturm auf Fort Sumter 113 Gefangene, vier Böte und drei Flaggen in den Händen der Südstaatlichen geblieben. Dem General Beauregard ist der Chef des Richmonder Ingenieurstabes, General Gilmer, zur Unterstützung beigegeben worden. Wie ein Washingtoner Blatt versichert, soll Gilmore auf eine Anfrage bei der Regierung, ob er, falls es ihm unmöglich wäre, die feindlichen Forts zu nehmen, die Stadt Charleston zerstören solle, den Bescheid erhalten haben, die Stadt so lange zu beschießen, bis sie sich ergeben werde. Zwischen Gilmore und dem Admiral Dahlgren, berichtet man, seien Zwistigkeiten entstanden, in Folge deren der Erstere den Präsidenten um seine Entlassung gebeten habe. Lincoln wolle das Gesuch jedoch nicht annehmen und den Knoten lieber so lösen, daß er an die Stelle Dahlgren's den Admiral Farragut setze.

Am Kappahannock ist inzwischen eine Veränderung in den Stellungen der beiden Armeen eingetreten; Lee hat sich von der Linie dieses Flusses nach Gordonsville zurückgezogen. Wie man einerseits behauptet, soll diese Bewegung ein Schachzug Lee's sein, um Meade nach sich über den Rapidan zu locken und dann vermittelst rascher Flankenschwen-

kungen sich zwischen der Unionsarmee und Washington einzubringen und direkt auf diese Stadt vorzumarschieren; andererseits aber behauptet man mit ziemlicher Festigkeit, daß Lee den größeren Theil seiner Armee nach Tennessee zur Unterstützung Bragg's und Johnstone's gegen Rosenkrantz und Burnside entsandt habe und mit den übrigen 40,000 Mann zur Deckung Richmonds in Virginien stehen bleiben wolle. Der Unionsgeneral Pleasanton ist mit seinen Reitern am 13. d. bereits vorgerückt, hat nach einem hitzigen Treffen Culpeper eingenommen, wo er drei Geschütze erbeutete, und drang dann den folgenden Tag bis an das Ufer des Rapidan vor. Hier jedoch mußte er einstweilen Halt machen, indem das jenseitige Ufer zu stark von dem Feinde besetzt war, als daß er den Fluß hätte überschreiten können. Ein baldiger Vormarsch Meade's gegen Richmond wird von mancher Seite für durchaus nicht unwahrscheinlich gehalten.

Wie berichtet wird, soll Burdette — dessen Entlassungsgesuch der Präsident sich geweigert hat, anzunehmen — in Chattanooga zu Rosenkrantz gestossen sein. Des Letztern Vorhut hat Dalton in Georgia in Besitz genommen. Einen entscheidenden Zusammenstoß mit der Bragg'schen Armee erwartet man bei Lafayette. — Die Nachricht von der Einnahme Little Rocks in Arkansas durch die Bundesstruppen hat bis jetzt noch keine Bestätigung gefunden. Ein 17,000 Mann starkes südliches Korps soll dießseits der Stadt stehen und Steele's Anmarsch erwarten. — Von Neu-Orleans aus haben sich unter General Washburne's Befehl 17 Regimenter zu einer Expedition nach dem Rio Grande eingeschifft; eine andere Truppenabtheilung war schon vorher über Land dorthin abgegangen. — Daß der frühere Kommandant von Vicksburg, General Pemberton, von teranischen Soldaten ermordet worden sein soll, ist nicht wahr. Der General befindet sich noch im Süden.

Die Legislatur Virginien's hielt am 9. eine außerordentliche Sitzung in Richmond, in welcher Hr. Collier von Petersburg den Antrag stellte, an die Gouverneure der Nordstaaten Kommissäre mit dem Gesuche zu schicken, die Bevölkerung des Nordens auf dem Wege der Abstimmung über die Frage einer friedlichen Trennung entscheiden zu lassen. Einstimmig wurde der Antrag verworfen. Ein in der „New-York Daily News“ erschienener Brief aus Richmond vom 11. meldet, es sei in dieser Stadt ein Abgesandter des Generals Forey aus Mexico eingetroffen und habe lange Zusammenkünfte mit dem Präsidenten Davis und den Ministern Seddon und Benjamin gehabt; diesen sei rasch ein Kabinettsrath gefolgt. Es verlautet mit Sicherheit, daß der Abgesandte Träger von Allianzvorschlägen seitens des französischen Kaisers sei. Der Gouverneur von Nordcarolina, Hr. Vance, taucht in einem Aufruf an die Einwohner seines Staates mit strengen Worten die Jaghaftigkeit, die sich in dem Abhalten von Friedensmeetings bewiesen habe, und den Geist des Ungehorsams und der Widerspenstigkeit, welcher gegen die Aushebungs- und Besteuerungsgesetze angehen wolle; er droht mit energischer Bestrafung und erklärt jede Anordnung der südstaatlichen Regierung auf's strengste durchführen zu wollen. In der Hauptstadt dieses Staates, Raleigh, ist von Soldaten aus Georgia das Bureau des den Frieden besühnenden „North Carolina Standard“ zerstört worden, und dem Krieg predigenden „State Journal“ ist von Seiten der Gegenpartei dasselbe Schicksal widerfahren.

Eine seit mehreren Tagen erwartete Maßregel der Washingtoner Regierung ist in Kraft getreten. Der Präsident Lincoln hat die Habeas-Corpus-Akte in den Vereinigten Staaten für alle Fälle suspendirt, wo militärische oder bürgerliche Behörden Personen als Kriegsgefangene, Spione, Unterstützer des Feindes, als ausgehobene oder eingezogene Offiziere, Soldaten oder Matrosen des Bundeskriegsdienstes oder als Deserteure unter ihrem Kommando oder in ihrer Haft haben. Die Suspension soll bis zum Ende der Rebellion oder bis zu dem Augenblicke, wo sich der Präsident zu ihrer Rücknahme veranlaßt sieht, in Kraft bleiben. Die demokratische Presse zeigt großen Unwillen über das Edikt, die republikanische spendet ihm Beifall, während das große Publikum sich in der Sache ganz theilnahmslos verhält. In seinem Rundschreiben an die amerikanischen Gesandten im Auslande recapitulirt Hr. Seward die militärischen Operationen vom August vorigen Jahres bis zum letzten August, und weist die Gesandten an, durch thatsächliche Beweise in ihrem Wirkungskreise darzutun, daß diejenigen Länder, welche durch Wiederherstellung des Friedens in Amerika die Erneuerung kommerzieller und industrieller Wohlthat wünschen, dieses Ziel am ehesten erreichen, indem sie den Aufständischen ihre Begünstigung und Unterstützung entziehen. Die Antwort Carl Russells an den Emancipationsverein wird hier als sehr unbedeutend angesehen, und das Uebelwollen gegen England dauert fort. Der Bau von Kriegsschiffen für die Südstaatlichen in England, sowie die Wahrscheinlichkeit der Anerkennung der Südstaaten von Seiten Frankreichs ziehen große Aufmerksamkeit im Publikum auf sich und machen böses Blut. Den Offizieren einer russischen Fregatte — der ersten, welche hier erschienen ist — hat der Gemeinderath von Neu-York einen öffentlichen Empfang bereitet, um die unerschütterliche Festigkeit, mit welcher Rußland an den internationalen Verpflichtungen hält, zu ehren. Bei den am 14. d. in Maine abgehaltenen Staatswahlen hat die republikanische Partei mit großer Mehrheit gesiegt.

Das kanadische Parlament hat 400,000 Doll. zur Organisirung von 10,000 Mann neuer Miliztruppen votirt. Dr. Darcy-Magee erklärte, Kanada müsse sich entweder zur Vertheidigung rüsten, oder mit entschlossenem Bewußtsein beginnen, sich zu amerikanisiren.

### Baden.

**Durlach, 27. Sept.** Auch dieses Jahr hatten sich wieder die Lehrer unserer badischen Mittelschulen, Gelehrten- und höheren Bürgerschulen zu einer Versammlung verabredet. Dieselbe fand am 25. und 26. d. M. in Durlach, und zwar, durch freundliche Genugthuung des Gemeinderaths, in dem Rathhaussaale statt. Es hatten sich gegen 80 Theilnehmer von nah und fern eingese-



den. Konstantz, Ueberlingen, Freiburg, Offenburg, Rastatt, Karlsruhe, Bruchsal, Heidelberg, Mannheim, Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Gernsbach und manche andere unserer Anstalten waren ehrenvoll vertreten, nur wenige fehlten. Dankbar müssen wir insbesondere auch anerkennen, daß die Mitglieder und der Direktor unseres Oberlehrercollegiums, sowie auch ein Mitglied des evang. Oberlehrercollegiums den Verhandlungen mit sichtlichster Theilnahme anwohnten. Die Verhandlungen selbst begannen Freitag Morgens 9 Uhr.

Nach der üblichen Förmlichkeiten der Begrüßung, der Wahl des Vorsitzenden, Geh. Hofrath G o d e l, und seines Stellvertreters, Direktor Weber, sowie der drei Schriftführer, v. Langsdorf, Dr. W i n e f e l d und S c h m e y e r, wurde sofort zu den eigentlichen Verhandlungen geschritten. Die beiden ersten Theilen, welche jedoch nur vorübergehend berührt und nicht eingehender besprochen wurden, betrafen die Wahl der Lehrbücher und die Verteilung der Ferien. Sodann wurde übergegangen zu der Frage über die Regelung der Privatstudien und des Privatlebens der Schüler und deren Verhältnis zu der sonstigen Beschäftigung unserer Schüler. Ein anregender und eingehender Vortrag des Prof. F u r t w ä n g l e r suchte die Wichtigkeit, Zweckmäßigkeit und Möglichkeit eines förderlichen und gütlichen Privatstudiums der Schüler darzutun, und gab manchen treffenden Wink über die Art und Weise, wie der Lehrer dieses Studium am besten zu leiten habe. Die Verhandlung darüber war eine lebhaft und allseitige. An derselben beteiligten sich besonders Behagel, v. Langsdorf, Schwab, Rivola, Flay, Baumgarten, Schröder, Baumann, Göblich, Mayer u. A.

Von den drei aufgestellten Sähen: 1) Gesuch an die Behörde, die Zweckmäßigkeit und das Wünschenswerthe der Förderung des Privatstudiums anzuerkennen, 2) zu dem Zweck Antrag auf Erleichterung der sonstigen Arbeitslast der Schüler und Lehrer, 3) Berücksichtigung des Privatstudiums der Schüler bei Promotionen, wurde 1 und 3 angenommen, 2 verworfen, indem eine Ueberladung unserer Schüler vielfach in Abrede gestellt wurde.

Hierauf folgte ein Vortrag des Direktors Weber von Heidelberg über Theil II. 2. Wie soll der geschichtliche Lehrstoff verteilt werden? Der gründliche Vortrag des Sprechers verbreitete sich über die erforderliche subjektive Beschäftigung der Geschichtslehrer, über Form und Anordnung der Lehrbücher und Verteilung des Lehrstoffes. Lehren will er in zwei für sich abschließende Kurse, einen ersten drei, und zweiten vierjährigen, verteilt wissen, so daß der zweite vierjährige Kursus eine Repetition des ersten, jedoch mit weit umfassenderen und eingehenderen Gesichtspunkten, wäre.

Die Versammlung ging unter Anerkennung der gründlichen Arbeit und nach lebhafter Besprechung der Frage zu Weiterem über.

Nachdem die Theil II. 3. über die Verbindlichkeit oder Nichtverbindlichkeit des Französischen in den oberen Klassen, sowie II. 4. über das Verhältnis zwischen der intellektuellen und moralischen Bildung unserer Jugend, voreis zurückgestellt worden, schloß um halb 3 Uhr die Sitzung des Freitags, und man sammelte sich um die wohlbesetzten Tische der Karlsburg. Auch hier spielte sich, auf einem andern Gebiete, der lebhafteste Verkehr der Geister fort. Nach dem ersten, bei keinem Anlaß von einem guten Badener vergessenen Toast folgten zahlreiche, bald ernst, bald heitern Inhaltes, und am späten Abend begleiteten die Hieherreisenden ihre nach Karlsruhe wandernden Amtsbrüder zur Eisenbahn. Samstag um 9 Uhr hatten sich auch diese wieder eingefunden; nur einzelne Schwalben waren heimwärts gezogen. Die Verhandlungen dieses Tages beschäftigten sich hauptsächlich mit Theil III. 1. a. u. b. Wie kann der lateinische Unterricht gedehlicher und den Zeitbedürfnissen entsprechender eingerichtet werden, und zwar a. in der Ober- und b. in der höhern Bürgerschule? Die beiden Berichterstattungen von S c h w a b und S c h m e y e r wurden eingehend besprochen. Darauf verteilte Prof. F u r t w ä n g l e r in Theil II 1 die Einföhrung des mythologischen, antiquarischen und archäologischen Unterrichtes in der Ober- und in Verbindung mit dem klassischen Sprachunterricht und der Geschichte, und mit Zugrundelegung eines passenden Lehrbuches. Die lebhafteste Verhandlung über diesen Antrag führte jedoch nicht zu dessen Annahme.

Hierauf wurde die Theil III 3, über zweckmäßige Einrichtung des deutschen Sprachunterrichtes an unsern Mittelschulen, zum Besuff eingehender Berathung auf das Programm der nächsten Versammlung geleitet. Theil III 4. u. 5. über die Unzulässigkeit bei den ständigen Prüfungen und deren Befreiung, sowie über Vereinfachung des Instituts der Verwaltungsräthe, von dem Vorsitzenden besprochen, wurden nach dessen Vorschlägen Verlegung der Herprüfung auf die letzten 1-3 Tage des Winterhalbjahres unter Zugung sämmtlicher Lehrer und möglichste Uebertragung der Geschäfte des Verwaltungsrathes an die Lehrkonferenz, angenommen.

Um 2 Uhr abermals Sorge für das leibliche Bedürfnis in der Karlsburg, wobei eine nicht minder heitere Stimmung als gestern herrschte, obwohl aus den 30 Tischgenossen von gestern heute 45 geworden waren. Der Abend entfaltete uns landschaftlich und abwärts unsere Gäste, und heute in der Morgenfrühe ziehen die Nachzügler davon. Als Ort der nächstjährigen Zusammenkunft wurde Freiburg gewählt.

Möge die Theilnahme an dieser Versammlung rege und lebendig bleiben und wachsen, wie sie bisher gewachsen ist; möge der schöne Geist amüßlicher Liebe und Achtung, wie er auf dem Boden gemeinsamer Arbeit für eine große und höhere Sache in dem Bewußtsein gemeinschaftlicher Strebungen und Ziele notwendig erwachsen muß, und wie er auch in unsern Kreisen schon herrlich emporwächst, auch überhin unsere Versammlungen zusammenführen und beleben.

Von der Pfingst, 27. Sept. Zur Ergänzung Ihres Berichtes über die Durlacher Diözesansynode in Nr. 226 d. Bl. diene die weitere Mittheilung, daß zwar der Antrag des Stadtpfarrers Arnold auf Aufhebung der Katedonensverordnung in der Minorität blieb, dagegen derjenige des Pfarrers Schumacher auf Nichtverbindlichkeit derselben für Gemeinden, welche den ganzen Katedonens memorirt wünschen, von der Mehrheit angenommen wurde.

Bruchsal, 26. Sept. (Schwurgericht.) Anklage gegen Kanoniker W. Hübner von Bruchsal, wegen Mordversuches.

Bezüglich des Anfangs der gestrigen Sitzung haben wir einen Zwischenfall nachzutragen, der beim Publikum viel Heiterkeit erregte. Als nämlich die Staatsbehörde und der Verteidiger ausgebreiteten Gebrauch vom Ablehnungsrecht machten, glaubte ein Geschworener vom Lande, daß ihm dies Recht auch zustähe; und da er vermuthlich gern nach Haus zurückkehren wollte, so antwortete er bei seinem Namensruf „Abgelehnt!“ und ließ dann auch seinen Wunsch durch Ablehnung von Seiten des Verteidigers erfüllt.

Die gestern Abend 1/9 Uhr geschlossene Beweishebung beschäftigte

in allen Theilen die Behauptungen der Anklage und erbrachte manche auffällende Belege für die exzentrische Gemüthsart des Angeklagten. So bestellte er sich bei dem Vater der Mathilde Kay Abschiedskarten mit schwarzem Rande, um sie vor Ausföhrung des Doppelmordes den beiderseitigen Freunden zuzuschicken. Ferner wurden aus seinem Tagebuch Gebichte und andere Aufzeichnungen schwärmerischer Inhalte vorgelesen. Ebenso lautete ein Brief an Buchhändler Kay, in welchem er diesen halb drohend, halb bittend um Duldung seiner Bewerbung um dessen Tochter anging, worauf er aber eine entschiedene Zurückweisung erhielt. Dadurch wurde seine Aufregung um so mehr erhöht, als er von Mathilde Kay ein Briefchen empfangen hatte, womit sie seine Fragen, ob sie ihm ewige Liebe und Treue geloben wolle, bejahte.

Gegen seine Behauptung, daß er den Entschluß des Mordes aufgegeben und nur eine Verwundung des Mädchens beabsichtigt habe, wurde hervorgehoben, daß er nach dem hierfür bezeichneten Zeitpunkt einen Brief mit Todesdrohungen an Mathilde Kay abgeben hatte, und daß er wenige Stunden vor der That einen Brief ähnlichen Inhalts an einen Freund schrieb, welchen er freilich auf sehr gewundene Weise wegzudeckeln suchte. Auch das Gutachten der einernommenen Sachverständigen sprach sehr bestimmt aus, daß der von ihm abgefeuerte Schuß sehr leicht den Tod des Mädchens herbeiföhren konnte, und es ein seltener Glücksfall genannt werden muß, wenn seine Wirkung eine so unbedeutende war.

Gestützt auf alles Dies und die übrigen Ergebnisse der Verhandlung stellte die heute Vormittag vorgetragene mündliche Anklagebegründung den Antrag auf Schulbigerklärung wegen beendigten Mordversuches. Die Verteidigung bemühte sich, darzutun, daß der Angeklagte nur die unbestimmte Absicht, zu tödten oder zu verwunden, gehabt habe, und bei Ausföhrung der That nahezu unzurechnungsfähig gewesen.

Der Wahspruch der Geschworenen entsprach vollständig den Anträgen der Staatsbehörde, und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu der niedrigen, vom Gesetze gebrochenen Strafe, nämlich zu 10 Jahren Zuchthaus, wovon die ersten 9 Jahre in 6 Jahren Einzelhaft erstanden werden. Der Angeklagte hörte das Urtheil mit derselben Fassung an, die er während der ganzen Verhandlung behauptet hatte; doch soll er sich später tief erschüttert gezeigt haben.

Am 2 Uhr Nachmittags war diese kurze Vierteljahrsitzung beendet, in welcher gegen drei Angeklagte 26 Jahre Zuchthaus erkannt wurden.

Baden, 26. Sept. (Mö. Z.) Die anhaltend kühle und nasse Witterung im Monat September hat auf die Frequenz unseres Kurorts naturgemäß sehr nachtheiligen Einfluß gehabt und uns eine namhafte Anzahl Fremder früher von hier entführt, als es sonst der Fall gewesen wäre. Gleichwohl steht die Fremdenliste jetzt bereits auf 42,894, und da noch der ganze Monat Oktober zur Saison gehört, so wird sie wohl leicht auf 45,000 kommen. — Unter dem gestern hier angekommenen Fremden befindet sich Sr. Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz.

Aus dem Breisgau, 24. Sept. (Breisg. Ztg.) Gestern war die Synode der evangelischen Diözese Freiburg versammelt. Der von dem Diözesananschuß durch Dekan Helbing erstattete Bericht über den kirchlichen und sittlichen Zustand der Diözese hob bezüglich des Schulunterrichtes den wahrgenommenen Mifstand hervor, daß bei Ertheilung des Religionsunterrichtes das Auswendiglernen des zu Lehrenden Stoffes allzu sehr vorzöhrte, und darüber das innere Verständnis der religiösen Wahrheiten und die gemüthliche Anregung vernachlässigt werde. Anlässlich dieser Frage kamen die Anträge zweier Geistlichen über die Verordnung des Oberkirchenrathes vom 19. Juni d. J., wodurch das Auswendiglernen des Katechismus und der geistlichen Lieder beschränkt wird, zur Beratung. Die Antragsteller wollten jene Verordnung aufgehoben oder bis zur Abhaltung der nächsten Generalallynode vertagt wissen. Dafür wurde geltend gemacht, die Verordnung stehe im Widerspruch mit der kirchlichen Verfassung und gefährde die Befestigung des religiösen Unterrichtes. Die Gegner des Antrages führten aber aus, die Verordnung entspreche vielmehr einem schon von früheren Diözesen vielfach ausgesprochenen Bedürfnisse und ihr richtiger Vollzug werde gerade den empfindlichen Sinn der Kinder für den Religionsunterricht gewinnen und die lebendige Aneignung der christlichen Wahrheit sichern; die Befugnis des Oberkirchenrathes zur Erlassung der Verordnung, die ja nur die Methode des Unterrichtes betreffe, sei nicht zu bezweifeln, da ihm die oberste Leitung desselben zustehe. Die gestellten Anträge wurden mit allen Stimmen gegen 4 verworfen, und mit noch größerer Mehrheit der weitere Antrag abgelehnt, daß den einzelnen Gemeinden anheimgegeben werden soll, jene Verordnung nicht zu befolgen.

Freiburg, 26. Sept. In weiten, gut katholischen Kreisen hat Hr. Oberpfälzerath H 3 1 1 in seinen Schreden hervorgehoben mit seiner kühnen Behauptung, die „Kirche“ habe in Baden 70 Millionen zu freier Verfügung erobert. Denn man weiß, was man in gewissen Kreisen unter der „Kirche“ versteht, und wir haben die Ansicht und den Wunsch, unsere kirchlichen Fonds, welche zum bei weitem größten Theil lokaler Natur sind, und aus welchen die Ausgaben für den Gottesdienst, die Baulasten u. s. w. bestritten werden, möchten auch in Zukunft diesen notwendigen Zwecken gewidmet bleiben, für welche sonst der Bürger mit Steuern und Lasten eintreten müßte. Wir möchten unsere kirchlichen Gelder um so weniger gelegentlich einmal für die „katholische Universität“ verwenden wissen, als wir mit der „deutschen Wissenschaft“ ganz zufrieden sind. Ein Blick in die bescheidende Gehegung und unsere Kenntniss der Praxis haben uns aber wieder beruhigt; denn darnach darf kein kirchlicher Fond seinem speziellem Zwecke entfremdet werden, und Sicherheit dafür bietet die Einrichtung, daß jene Fonds unter der gemeinsamen Verwaltung der Kirche und des Staates stehen. An der Stelle des Schredens ist dann nur Verwunderung darüber übrig geblieben, daß Hr. Oberpfälzerath H 3 1 1, der doch selbst Mitglied der betreffenden obersten Behörde ist, sich so sehr — ungenau über die zu Recht bestehenden Verhältnisse ausdrückt hat.

Konstantz, 26. Sept. Heute Abend um 4 Uhr sahen wir das seltene Schauspiel, ein Dampfsschiff vom Stapel lassen zu sehen. Reich geschmückt mit Flaggen und Kränzen und unter freudigem Hurrarufen und Geschüßedonner eilte die „Germania“ — das ist sein Name — aus ihrem festen Versteck in ihr neues Reich herab. Glücklicherweise ihre erste Fahrt sollen alle künftigen sein. Troß Regen hatte sich eine außerordentliche Menge Zuschauer eingefunden. Die Beschaffenheit des Baues haben Sie heute schon mitgetheilt. Der Ausbau soll vertragmäßig bis zum 1. Nov. d. J. vollendet sein, wo die Germania ihren Dienst antreten wird. — Bezüglich des Unfalls der „Stadt Konstantz“, den Sie heute aus der „N. Zürich. Ztg.“ anführen, ist zu bemerken, daß jenes lange „Mitgetheilt“ einer etwas ängstlichen Feder entkommen sein muß. Der Unfall erregte allerdings großen Schrecken, so nahe war aber an der Einfahrt des Hafens der Schiffbruch noch

nicht. Das Schiff wurde, als es in Friedbichshafen einfahren wollte und also wahrscheinlich nicht mehr volle Dampfkraft hatte, von einem heftigen Bögnst an die Hafenspähle geworfen, woselbst seine Klüwe zertrümmert wurde. Im Uebrigen blieb das Schiff unverseht und setzte seine Rückfahrt hieher ohne alle und jede Hülfe fort. Jetzt liegt es auf der Werfte und erhält eine neue Klüwe.

### Vermischte Nachrichten.

München, 27. Sept. Vor etwa 4000 Zuhörern ist heute im Glaspalast das erste der drei großen Konzerte aufgeführt worden, die gleichsam die Einleitung zum Oktobertage machen. Es hatte nur zwei Nummern, Beethoven's heroische Symphonie und Händel's Israel in Egypten. Erstere, von einem Orchester von 400 Instrumenten ausgeführt, gestaltete sich unter Franz Wagner's Leitung zu einem mächtigen Tonguß, dessen Harmonien nur durch das Hin- und Hergehen der zu spät Kommenden im ersten Satz und im Piano zu Anfang des zweiten etwas in der Wirkung beeinträchtigt wurden. Die tiefenmäßige Tonbildung Händel's übte vollste Wirkung in dem mächtigen Raume, in der Ausföhrung durch über 800 Mitwirkende.

Von Anfang bis zu Ende wohnte der Aufföhrung der greife König Ludwig bei. Von badischen Musikdirektoren, Komponisten und Künstlern bemerkten wir die H. V. Wagner aus Mannheim, Boch aus Heidelberg, M. Bruch, den Komponisten der „Loreley“, gegenwärtig in Mannheim, und von eben daher die H. Reuber, Karettoning und die übrigen Mitglieder des Instrumentalmarktens des Mannheimer Hoftheaters, welche zur Mitwirkung eingeladen worden waren.

Leipzig, 25. Sept. (Fr. Z.) In der Stadtvorordneten-Sitzung von heute Abend erbat sich der Rath der Stadt in einem, vom 18. d. M. datirten Schreiben von dem Kollegium der Gemeindevertreter einen Blankokredit für die Feier zur Erinnerung an die Leipziger Schlacht, mit ausdrücklichem Hinweis darauf, daß ja die schließlich vorausgabte Summe doch zum großen Theil nur ein Voranschuß sein werde. (Bekanntlich tragen nach dem gestrigen Beschlusse des Städtetages die am Feste Theil Nehmenden „verbundenen Städte“ gemeinschaftlich die Kosten der Feier, abzüglich einiger Kategorien derselben, welche die Stadt Leipzig allein auf ihr Konto nimmt.) Das Kollegium sprach ohne alle Diskussion die Bewilligung jenes Blankokredits sofort einstimmig aus.

Im Laufe dieses Winters wird eine neue Art Kongress abgehalten werden, nämlich ein Kongress der Handlungreisenden, und zwar in Braunschweig. Vorzüglich sollen dort die Beschwerden gegen die Gastwirthe zur Verhandlung kommen, und will man gemeinschaftliche Schritte vereinbaren.

Bremen, 26. Sept. (Weser-Ztg.) Vom Gesamtanschuß des deutschen Schützenbundes wurde in der Versammlung vom 17. Juli 1862 eine Kommission zur Prüfung der Satzungen gewählt. Diese Kommission wird nun in der ersten Hälfte des Oktobers in Heidelberg berathen, ob und welche Vorschläge der im nächsten Jahre in Bremen tagenden Schützenvertretung auf Abänderung der Satzungen gemacht werden sollen. Den Kommissionsberathungen werden die Frankfurter Abänderungsvorschläge zu Grunde gelegt werden.

Innsbruck, 24. Sept. Unsere Stadt ist heute schon ungewöhnlich belebt, und man sieht es den Straßen an, daß große Dinge im Werden sind. So eben nahm das Schießen seinen Anfang, vorläufig eröffnet durch den Landesoberstleutnant Fürsten Lobkowitz. Die feierliche Eröffnung wird erst am 29. d. durch den Stellvertreter des Kaisers, Erzherzog Karl Ludwig, erfolgen. Derselbe wird am Samstag den 26. Vormittags hier eintreffen und am Bahnhof feierlichst empfangt werden. Am Abend desselben Tages wird die Armeideputation mit den für die Schützen Tyrols bestimmten Ehrenschild hier ankommen. Sofort werden dann die Feiertlichkeiten beginnen. Das Programm derselben enthält für den 27. die Eröffnung des Volkfestes im Hirsanger und Abends Feuerwerk; für den 28. Mittags die Uebergabe des Ehrenschildes, Abends Festtheater und Bergbesteigung. Bei derselben werden auch die historisch merkwürdigen Schützen Amras, Wälschgraben und Wehrburg in bengalischem Feuer stehen. Am 29. um 10 Uhr früh Feldmesse für die Schützen, um 11 Uhr großer Schützenfestzug, Abends Festredende. In den folgenden Tagen finden Festkonzerte des Tyroler Sängerbundes, des Musikvereins, der Naturfänger, ein Manöver der freiwilligen Turner-Feuerwehr u. dgl. statt. Die historische Borhut, die, in einer Stärke von 120 Mann dem Schützenzug voranschreitend, alle Hauptproben des Schützenbundes von 1363 bis 1797 darstellt, hat von Wien Kostüme erhalten, die ebenso durch ihre Pracht wie geschichtliche Treue sich auszeichnen. Auch auf der Revouete wird ein glänzender historischer Festzug, die Uebergabe Tyrols an Oesterreich darstellend, auftreten. Jeden Abend wird überdies große Serenade der Musikbände, unter denen zwei der tüchtigsten Musikkorps der Armee sich befinden, auf dem Rennplatz vor der Hofburg stattfinden.

Zürich. Die Stadt Zürich ist durch einen Doppelmord alarmirt, der am Freitag Morgen begangen wurde. Der Schußfregell Ulrich Schaudt aus Winterlingen in Württemberg erschloß in einem Hause des obern Hirschengrabens ein Dienstmädchen (Louise Bernli), mit welchem er ein Verhältnis unterhalten, und von welchem Letztere in jüngster Zeit nichts mehr wissen wollte; darauf schnitt er sich mit dem Dolche selbst in den Hals, so daß Beide todt auf dem Plage blieben.

In Folge unseres Aufrufs in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung“ sind weiter eingegangen: Von Prof. G. 2 fl. 42 kr., von Hr. K. aus R. 3 fl., von der Lehrerverammlung in Durlach 25 fl. 30 kr., von G. K. aus Baden 1 fl. 45 kr., von G. W. 7 fl.; zusammen 432 fl. 38 kr. Karlsruhe, 28. September 1863.

Doll, Oberkirchenrath-Affessor.  
D 3 1 1, Geh. Hofrath.  
F r i d, Oberschulrath.  
G r u b e r, Oberschulrath.  
K n i t t e l, Hofbuchhändler.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 29. Sept. 3. Quartal. 97. Abonnementvorstellung. Neu einstudirt: **Othello**; Trauerspiel in 5 Akten, von Shakespeare.

### Theater in Baden.

Mittwoch 30. Sept. **So machen's Alle** (Cosi fan tutto); komische Oper in 2 Akten, von Mozart; neue Bearbeitung von Eduard Devrient; die Recitative arrangirt von Wilhelm Kalliwoda.



**Z.a.519. Landau.** Dem allmächtigen Gott hat es gefallen, unsern theuern Gatten und Vater, Herrn Wilhelm Ritter von Vincenti, k. b. Hauptmann im 10. Infanterieregiment vakant Albert Pappenheim, gestern Nachts 1/2 12 Uhr, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten, im 51. Lebensjahre nach längerem Leiden gottergeben in das bessere Jensteits abzurufen.

Den theuern Dahingeshiedenen dem frommen Andenken empfehlend, bitten wir um stille Theilnahme.

Landau, den 26. September 1863.  
Anna von Vincenti,  
geb. Bellhorn, als Wittin.  
Wilhelm, | Söhne.  
August,

Beerdigung Montag den 28. September, Nachmittags 3 Uhr. — Trauergottesdienst Dienstag um 10 Uhr Morgens.

**Z.a.518. Karlsruhe.**  
**Bekanntmachung.**  
Das neue Schuljahr des **Karlsruher Lyceums** beginnt **Donnerstag den 1. Oktober**. An diesem Tage haben sich die **Rechtstretenden** im Anspruchsraum des Direktors Morgens **8 und 12 Uhr** einzufinden, wo sie weitere Anweisung erfahren. **Geburts- und Impfscheine** sind vorchriftsmäßig vorzulegen.

Karlsruhe, den 27. September 1863.  
**Direktion des großh. Lyceums.**

**Z.a.419. Im Verlag von Ch. Th. Gross in Karlsruhe** erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen vorräthig oder durch dieselben zu beziehen:  
**Gruber, Karl**, großh. bad. Oberschulrath, der arithmetische Unterricht in Gymnasien und höheren Bürgerschulen. Zum Gebrauche des Lehrers bearbeitet. Erster Theil. Zweite Auflage. Eine Fortsetzung des Rechenunterrichts in der Volks- und höheren Bürgerschule von demselben Verfasser. gr. 8. geh. 1 fl. 45 kr.  
— für den Schüler bearbeitet. gr. 8. geh. 48 kr.

**Z.a.478. Bei Andr. Abel in Leipzig** ist erschienen, und durch jede Buchhandlung zu beziehen:  
**Die galvanische Vergoldung und Versilberung.**  
Handbuch für Juweliere, Gold- und Silberarbeiter, Bijouterie- und Neusilberwaarenfabrikanten, Gürtler, Gelbgießer, Schwertfeiger und andere Metallarbeiter. Nach den bewährtesten Quellen, sowie mit Zugrundelegung eigener Erfahrungen zusammengestellt von **W. C. Rab.**  
Mit 38 in den Text gedr. Abbildungen. 8<sup>o</sup>. brosch. Preis 1 Thlr.

**Z.a.523. Karlsruhe.**  
**Wettach'sches Mädcheninstitut.**  
Nach erfolgter Genehmigung des großh. Oberschulraths dahier wird dieses, früher schon unter der Leitung seines Gründers, des verstorbenen Herrn Oberlehrers Wettach, erfolgreich bestandene Institut durch dessen Wittve, mit Unterstützung tüchtiger Lehrkräfte, den 15. Oktober d. J. erweitert wieder eröffnet.  
Die Unterrichtsgegenstände sind dieselben, wie an andern weiblichen Erziehungsanstalten.  
Die Aufnahme von Schülerinnen findet im Alter von 6—15 Jahren statt.  
Näheres über die Honorarbedingungen und den Lehrplan bei der unterzeichneten Vorsteherin, welche mit Vergnügen zu jeder gewünschten Auskunft bereit ist.  
**Sophie Wettach,**  
Kajernenstraße Nr. 1. 2r. Stock.

**Z.a.502. Karlsruhe.**  
**Rührer Steinkohlen,**  
direkt aus den vorzüglichsten Gruben an der Ruhr bezogen, erhalte ich mehrere bedeutende Schiffsloadungen innerhalb 3 Tagen, und offerire solche in Wagenladungen von ca. 30 Ztr. und darüber frei ab Schiff (Maran a. Rh.) à 27 kr. per Ztr., frei hieher geliefert à 29 1/2 kr. per Ztr.  
Bei Abnahme von 100 Ztr. und darüber tritt eine namhafte Preidermäßigung ein.  
Kleinere Quantitäten werden in meinem Hause abgegeben, oder auch frei in die resp. Wohnungen geliefert.  
**Ernst Link,**  
Rührer Steinkohlenhandlung,  
Durlacherthorstraße Nr. 34.

**Z.a.512. Karlsruhe.**  
**Verwaltergesuch.**  
Für eine Filialapotheke des badischen Unterherrschafts suchen wir zum sofortigen Eintritt einen Verwalter. Salair 600 fl. Näheres bei **Gebrüder Jost.**

**Z.a.528. Baden-Baden.**  
**Blecharbeitergesuch.**  
Es werden zwei Blecharbeiter gesucht gegen guten Lohn und dauernde Beschäftigung.  
Näheres unter L. B. Hofbuchhandlung Marg in Baden-Baden.

**Z.a.493. Karlsruhe.**  
**Jahresfest der Diakonissenanstalt.**  
Am **Mittwoch den 30. September** gedenken wir in der Kapelle der Diakonissenanstalt das Jahresfest zu begehen, und laden die Freunde der Anstalt zur Theilnahme an der Feier ergebenst ein.  
Der Beginn ist Morgens um 1/2 10 Uhr.  
**Der Verwaltungsrath.**

**Z.a.220. Von dem wegen seiner außerordentlichen Güte wohlbekannten**  
**echt meliorirten weißen Brust-Syrup,**  
welcher von der königlichen Regierung zu Breslau und von dem betreffenden königlichen Ministerium zum Verkauf gestattet, und dessen Fabrikation unter spezieller Leitung des approbirten W. und Kommunal-Arztes Herrn G. Koller geschieht, haben wir **Herrn Conradin Saagel, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe,** Lager übergeben.  
**H. Leopold & Co. in Breslau.**

**Stelle-Gesuch.**  
**Z.a.472. Ein junger Mann,** welcher seine Lehre in einer Papierfabrik, verbunden mit Eisenlager, erstanden und als Commis dajelbst servirt hat, sucht eine Stelle in ähnlichem Geschäfte. Näheres bei der Expedition dieser Zeitung.

**Z.a.474. Tauberbischofsheim.**  
**Offene Stelle.**  
Ein geübter Referendar findet **so gleich** gegen entsprechenden Gehalt Beschäftigung bei mir.  
Tauberbischofsheim, den 23. September 1863.  
**Hörfst, Rechtsanwalt.**

**Z.a.450. Karlsruhe.**  
**Offene Lehrlingsstelle.**  
Ein wohlzogener, gestreiter, fleißiger, kräftiger junger Mann von freundlichem Aeußern, der die nöthigen Vorkenntnisse besitzt und die Handlung erlernen will, findet in einem frequenten Manufaktur-, Spegerei- und Kurzwaarengeschäft in einer bedeutenden Fabrikstadt des Mittelrheins ein vortheilhaftes Unterkommen. Kost und Wohnung werden im Hause gegeben und kommt der Junge unter freundliche und aufmerksame Aufsicht.  
Franco Anerbietungen unter Beischluß der Zeugnisse oder Abschrift derselben nimmt die Expedition dieses Blattes zur Weiterbeförderung entgegen.  
**Z.a.356. Karlsruhe.**

**Guano**  
aus der württembergischen Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von **Leim und Düngmitteln**, der in Hofenheim als das beste, wirksamste und zugleich billigste Düngmittel befunden wurde, wovon 2 bis 4 Ztr. per Morgen, je nach Beschaffenheit des Bodens, zur vollkommenen Düngung für 2 Jahre für alle Kulturpflanzen ausreichen; der Leichtigkeit der Anwendung wegen auch für Weinberge, sowie zum Bestreuen der Wiesen besonders zu empfehlen bei  
**Heinrich Rosenfeldt in Karlsruhe.**

**Empfehlung.**  
**Z.a.457. Die Unterzeichneten empfehlen** ihre Düngpräparate, als **gestampft und gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat, Weinberg- und Wiesendünger.** Preislisten stehen franco zu Diensten.  
**Chemische Fabrik bei Karlsruhe.**  
**Otto Pauli.**

**Z.a.514. Detschach bei Oberkirch.**  
**Weinverkauf.**  
Circa 200 Ohm Klingelberger, Kleoner, Weißherbst und geringere Weine, hat ans Auftrags Käufer **Erster** hier zu verkaufen.

**Z.a.516. Baden.**  
**Hausverkauf.**  
In Baden ist das Haus 186 in der Nichtenheller Straße mit 2 Etagen, Manfaden, Hof, Stallung, Remise und Kuchherwohnung zu verkaufen.

**Z.a.520. Karlsruhe.**  
**Pferde und Wagen.**  
Falls Applikation binnen 8—10 Tagen würden von 2 Paaren schönen, gefunden, ungar. Gesichtsperden 1 Paar, und von 2 Wagen sammt Geschür, einer, sowie ein fein zugereittenes, elegantes Reitpferd, Pippig Geschüt, Eättel und Räume, verkauft werden im Erbprinzen.  
**Z.a.508. Karlsruhe.**  
**Carl Arleth,**  
Großherzoglicher Hoflieferant,  
empfiehlt die nun wieder eingetroffene **Echt russ. Geflügel-Vonillon** etc.

**Z.a.526. Nr. 6301. Karlsruhe.**  
**Bergebung von Hochbau-Arbeiten.**  
Höheren Aufträge gemäß sollen die verschiedenen Bauarbeiten zur Herstellung eines 250' langen und 40' breiten Güterschuppengebäudes, wozu die Fundamente bereits aufgeführt sind, im Commissionswege an einen Uebernehmer vergeben werden.  
Die Angebote auf die im Ganzen zu 23,400 fl. veranschlagten Arbeiten sind schriftlich und versiegelt längstens bis zum nächsten **Samstag den 3. Oktober d. J.,** Vormittags 10 Uhr, auf dem technischen Bureau der unterzeichneten Stelle, wo die Baupläne und Vorschläge, sowie die Bedingungen eingesehen werden können, abzugeben.  
Karlsruhe, den 26. September 1863.  
Der Vorstand: Der Bezirks-Ingénieur: **Burg. Bisschhoff.**  
Vdt. Vermlacher.

**Z.a.23. Nr. 6419. Adelsheim. (Bekanntmachung.)**  
J. E. des Apothekers Peter Strehlin in Adelsheim gegen unbekanntes Interjektent, Eigentum betr.

**Z.a.29. Nr. 10,995. Radolfzell. (Arrestverfügung.)**  
J. E. des Rechtsanwalts Warknig hier gegen Christian Maier, Maurer von Singen, Forderung betr.

**Z.a.13. Nr. 11,782. Rastatt. (Urtheil.)**  
Friedrich Wilhelm Endres von Mannheim sei des Hausrens mit Druckstrafen für schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Geldstrafe von zwanzig Gulden, sowie zur Tragung der Kosten der Untersuchung und des Strafvollzugs zu verurtheilen.  
Rastatt, den 23. September 1863.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Dietzsch.

**Z.a.31. Nr. 10,061. Breisach. (Aufsorderung und Forderung.)**  
Grenadier Johann Baptist Geyer von Merdingen, dessen Signalement unten folgt, hat sich am 14. d. M. unerlaubter Weise aus seiner Garnison entlassen und wird daher aufgefordert, sich innerhalb 4 Wochen bei seinem Regimente oder dahier zu stellen, andernfalls er der Desertion für schuldig erkannt und unter Verfallung in die Kosten des Orts- und Staatsbürgerrechts für verurtheilt erklärt, und in die gesetzliche Geldstrafe von 1200 fl. verurtheilt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt.  
Signalement: Alter, 23 Jahre; Größe, 5' 8" 1/2; Statur, schlank; Gesichtsfarbe, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, blond; Stirne, mittel; Augenbrauen, blond; Augen, blau; Nase, gewöhnlich; Mund, mittel; Bart, blond, schwarz; Kinn, rund; Zähne, gut.  
Breisach, den 24. September 1863.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Schindler.

**Z.a.32. Nr. 9772. Müllheim. (Aufsorderung und Forderung.)**  
Soldat Johann Jakob Weiß von Müllheim hat sich aus seinem Urlaubsorte unter Umständen entsetzt, welche auf die Absicht zu desertiren, schließen lassen.  
Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen entweder dahier oder bei dem Kommando großh. Festungsartillerie-Bataillons zu Rastatt zu stellen und hierüber zu verantworten, ansonst er als Deserteur des Orts- und Staatsbürgerrechts verurtheilt und in eine Vermögensstrafe von 1200 fl. verurtheilt würde.  
Sein Vermögen ist mit Beschlagnahme belegt. Zugleich wird um Forderung und Eintreibung gebeten.  
Personbeschreibung.  
Größe, 5' 6" 3/4; Statur, stark; Gesichtsfarbe, längl.-rund; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, schwarz; Stirne, niedrig; Augenbrauen, schwarz; Augen, braun; Nase, mittel; Mund, gewöhnlich; Bart, schwarz; Zähne, gut.  
Müllheim, den 25. September 1863.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
L. S. a. d. S.

**Z.a.40. Nr. 7833. Achern. (Bekanntmachung.)**  
Am Montag den 21. l. M. kam dem A. Billmaier, Handlungsreisender von Gamsfurt, ein für das Zn- und Anseland lautender Reisepaß, ausgestellt dahier den 12. September 1860, M. l. d. d. Nr. 1, in Baden-Baden abhanden. Wir machen dieses zur Verhütung etwaigen Mißbrauches mit diesen abhanden gekommenen Paße bekannt.  
Achern, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Weber.

**Z.a.37. Nr. 7231. Gernsbach. (Bekanntmachung.)**  
Stadtvorrechnungs-Assistent Sonntag zu Baden wurde als Bezirksagent der Gebauer Feuerversicherungsbank für die seitigen Amtsbezirk beauftragt; was hiermit veröffentlicht wird.  
Gernsbach, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
v. Faber.

**Z.a.482. Nr. 4962. Lahr. (Dienstvertrag.)**  
Die diesseitige erste Gehilfenstelle für einen im Steuerrechnungsweien erfahrenen Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten mit einem Jahresgehalt von 500 fl. ist wegen Beförderung des seitherigen Gehilfen auf 1. Oktober l. J. wieder zu besetzen.  
Auftraggeber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse anher melden.  
Lahr, den 24. September 1863.  
Großh. Hauptsteueramt.

**Z.a.35. Oberkirch. (Erledigte Aktuarsstelle.)**  
Wird wiederholt für einen Rechtspraktikanten oder Aktuar ausgeschrieben. Gehalt 475 fl. Eintritt bis 1. November, längstens 1. Dezember d. J. Meldungen binnen 8 Tagen.  
Oberkirch, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Böhm.

**Z.a.45. Nr. 7042. Billingen. (Verschollenheitserklärung.)**  
Philipp Weiger, lediger Käufer von Unterfirnack, hat unserer Aufforderung vom 29. August v. J. keine Folge geleistet. Er wird nun der Drohung gemäß für verschollen erklärt und sein Vermögen dem muthmaßlichen Erben in sorgfältigen Besitz gegeben.  
Billingen, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Weber.

**Z.a.528. Nr. 11,550. Donaueschingen. (Bekanntmachung.)**  
Unter D. Z. 56 wurde heute in das Firmenregister eingetragen die Firma **Friedrich Eitel** dahier, Inhaber derselben Kaufmann Friedrich Eitel von da.  
Donaueschingen, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Acher.

**Z.a.529. Nr. 16,362. Mosbach. (Bekanntmachung.)**  
Nach heutigem Eintrage zum Firmenregister hat Adolph Walter von Müllersbach sich am 5. d. Mts. unter der Firma „Adolph Walter“ in Müllersbach niedergelassen. Nach dem Ehevertrag wird jeder Theil 30 fl. in die Gemeinschaft, während alles übrige Vermögen für verlegenheitsweise erklärt wird.  
Mosbach, den 23. September 1863.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
W. Kapferer.

**Z.a.44. Nr. 15,478. Karlsruhe. (Urtheil.)**  
J. E. der Mathilde Frey, geb. Majer dahier, gegen ihren Ehemann Alexander Frey daselbst, Vermögensabsonderung betr., wird erkannt:  
Dass die zwischen beiden Theilen bestehende eheliche Gütergemeinschaft für aufgelöst und die Klägerin für berechtigt zu erklären sei, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern und in eigene Verwaltung zu übernehmen, und daß Beklagter die Kosten zu tragen habe.  
So gegeben, Karlsruhe, den 11. September 1863.  
Großh. bad. Stadtamtgericht.  
C a s s. vdt. Biegler.

**Z.a.482. Nr. 4962. Lahr. (Dienstvertrag.)**  
Die diesseitige erste Gehilfenstelle für einen im Steuerrechnungsweien erfahrenen Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten mit einem Jahresgehalt von 500 fl. ist wegen Beförderung des seitherigen Gehilfen auf 1. Oktober l. J. wieder zu besetzen.  
Auftraggeber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse anher melden.  
Lahr, den 24. September 1863.  
Großh. Hauptsteueramt.

**Z.a.35. Oberkirch. (Erledigte Aktuarsstelle.)**  
Wird wiederholt für einen Rechtspraktikanten oder Aktuar ausgeschrieben. Gehalt 475 fl. Eintritt bis 1. November, längstens 1. Dezember d. J. Meldungen binnen 8 Tagen.  
Oberkirch, den 26. September 1863.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Böhm.